



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 1.3.2022
C(2022) 1161 final

ANNEX

ANHANG

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION

**Genehmigung des Inhalts des Entwurfs einer Verordnung der Kommission über die
Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der
Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und
Entwicklung**

ANHANG

VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom XXX

über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung

ENTWURF

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 des Rates vom 20. Dezember 1971 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrags auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen¹,

nach Veröffentlichung des Entwurfs dieser Verordnung,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach der Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 ist die Kommission ermächtigt, Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union(*) durch Verordnung auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und abgestimmten Verhaltensweisen anzuwenden, die unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen und i) die Forschung und Entwicklung von Produkten, Technologien oder Verfahren bis zur Produktionsreife und ii) die Verwertung der Ergebnisse einschließlich der Bestimmungen über Rechte des geistigen Eigentums zum Gegenstand haben.
- (2) Entsprechend ihrem Auftrag nach Artikel 179 Absatz 2 AEUV unterstützt die Union Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, in ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung von hoher Qualität und fördert ihre Zusammenarbeitsbestrebungen.
- (3) In der Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung² sind Gruppen von Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen definiert, die nach Auffassung der Kommission in der Regel die Voraussetzungen des Artikels 101 Absatz 3 AEUV erfüllen. Angesichts der insgesamt positiven Erfahrungen mit der Anwendung dieser Verordnung, die am 31. Dezember 2022 außer

¹ ABl. L 285 vom 29.12.1971, S. 46.

(*) Mit Wirkung vom 1. Dezember 2009 ist an die Stelle des Artikels 81 EG-Vertrag (vormals Artikel 85 EWG-Vertrag) der Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) getreten. Diese Artikel sind im Wesentlichen identisch. Im Rahmen dieser Verordnung sind Bezugnahmen auf Artikel 85 EWG-Vertrag oder Artikel 81 EG-Vertrag als Bezugnahmen auf Artikel 101 AEUV zu verstehen, wo dies angebracht ist.

² ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 36.

Kraft tritt, und der Ergebnisse ihrer Überprüfung sollte eine neue Gruppenfreistellungsverordnung erlassen werden.

- (4) Mit dieser Verordnung sollen Forschung und Entwicklung erleichtert, gleichzeitig jedoch der Wettbewerb wirksam geschützt werden. Außerdem sollte diese Verordnung den Unternehmen angemessene Rechtssicherheit bieten. Im Zuge der Verfolgung dieser beiden Ziele sollten ferner die behördliche Aufsicht und der rechtlichen Rahmen soweit wie möglich vereinfacht werden.
- (5) Solange ein gewisser Grad an Marktmacht nicht erreicht ist, kann im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 AEUV grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die positiven Auswirkungen von Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen negative Auswirkungen auf den Wettbewerb überwiegen.
- (6) Für die Anwendung des Artikel 101 Absatz 3 AEUV durch Verordnung ist es nicht erforderlich, die Vereinbarungen zu definieren, die unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen können. Bei der Prüfung einzelner Vereinbarungen nach Artikel 101 Absatz 1 AEUV sind mehrere Faktoren, insbesondere die Struktur des relevanten Marktes, zu berücksichtigen.
- (7) Vereinbarungen über die gemeinsame Durchführung von Forschungsarbeiten oder die gemeinsame Weiterentwicklung der Forschungsergebnisse bis zur Produktionsreife fallen in der Regel nicht unter das Verbot des Artikels 101 Absatz 1 AEUV. Unter bestimmten Umständen, etwa wenn sich die Parteien darauf verständigen, keinen weiteren Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in demselben Feld nachzugehen, und damit auf die Möglichkeit verzichten, gegenüber den übrigen Parteien Wettbewerbsvorteile zu erlangen, können solche Vereinbarungen unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen und sollten deshalb in den Anwendungsbereich dieser Verordnung aufgenommen werden.
- (8) Der mit dieser Verordnung gewährte Rechtsvorteil der Freistellung sollte nur Vereinbarungen zugutekommen, bei denen mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass sie die Voraussetzungen des Artikels 101 Absatz 3 AEUV erfüllen.
- (9) Die aus einer verstärkten und wirksameren Forschungs- und Entwicklungstätigkeit erwachsenden Vorteile kommen den Verbrauchern in der Regel in Form i) neuer oder verbesserter Produkte, Technologien oder Verfahren oder ii) einer schnelleren Markteinführung dieser Produkte, Technologien oder Verfahren oder iii) niedrigerer Preise aufgrund neuer oder verbesserter Technologien oder Verfahren zugute.
- (10) Zusammenarbeit im Rahmen von gemeinsamer Forschung und Entwicklung oder Auftragsforschung und -entwicklung sowie bei der Verwertung der Ergebnisse trägt am ehesten zur Förderung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts bei, wenn die Parteien Fähigkeiten, Vermögenswerte oder Tätigkeiten in die Zusammenarbeit einbringen, die einander ergänzen.
- (11) Die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse kann verschiedene Formen annehmen, z. B. die Produktion, den Vertrieb von Produkten oder die Anwendung von Technologien, die Übertragung oder Lizenzierung von Rechten des geistigen Eigentums oder die Weitergabe von Know-how, die für eine solche Produktion oder Anwendung erforderlich sind und die wesentlich zum technischen oder wirtschaftlichen Fortschritt beitragen.

- (12) Um eine Freistellung nach dieser Verordnung zu rechtfertigen, sollte sich die gemeinsame Verwertung nur auf Produkte, Technologien oder Verfahren beziehen, für die die Nutzung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse unerlässlich ist.
- (13) Ferner sollte in der Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung festgelegt sein, dass alle Parteien für die Zwecke i) weiterer Forschung und Entwicklung und ii) der Verwertung uneingeschränkter Zugang zu den Endergebnissen der gemeinsamen Forschung und Entwicklung, einschließlich daraus erwachsender Rechte des geistigen Eigentums und daraus erwachsenden Know-hows, haben, sobald sie vorliegen. Der Zugang zu den Ergebnissen sollte grundsätzlich nicht beschränkt werden, wenn es um die Nutzung der Ergebnisse für die Zwecke weiterer Forschung und Entwicklung geht. Wenn die Parteien jedoch ihre Verwertungsrechte im Einklang mit dieser Verordnung beschränken, insbesondere wenn sie sich im Rahmen der Verwertung spezialisieren, kann auch der Zugang zu den Ergebnissen für die Zwecke der Verwertung entsprechend beschränkt werden. Ferner können an Forschung und Entwicklung beteiligte i) Hochschulen und Forschungsinstitute oder ii) Unternehmen, die Forschungs- und Entwicklungsleistungen in Form gewerblicher Dienste erbringen und sich üblicherweise nicht mit der Verwertung von Ergebnissen befassen, vereinbaren, die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse ausschließlich für die Zwecke weiterer Forschung zu nutzen.
- (14) Je nach ihren Kapazitäten und wirtschaftlichen Interessen können die Parteien ungleiche Beiträge zu ihrer Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit leisten. Um den unterschiedlichen Wert oder die unterschiedliche Art der Beiträge der Parteien zu berücksichtigen und auszugleichen, kann eine unter diese Verordnung fallende Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung deshalb vorsehen, dass eine Partei einer anderen Partei für den Zugang zu den Ergebnissen für die Zwecke weiterer Forschung oder der Verwertung eine Vergütung zahlt. Die Vergütung sollte jedoch nicht so hoch sein, dass sie diesen Zugang praktisch verhindern würde.
- (15) Ist in der Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung keine gemeinsame Verwertung der Ergebnisse vorgesehen, dann sollten die Parteien einander mit dieser Vereinbarung Zugang zu ihrem bereits vorhandenen Know-how gewähren, sofern dieses Know-how für die Verwertung der Ergebnisse durch die anderen Parteien unerlässlich ist. Die hierfür erhobene Vergütung (etwa in Form von Lizenzgebühren) sollte nicht so hoch sein, dass sie den Zugang der anderen Parteien zu dem Know-how praktisch verhindern würde.
- (16) Die durch diese Verordnung gewährte Freistellung sollte auf Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen beschränkt werden, durch die die Unternehmen nicht in die Lage versetzt werden, in Bezug auf einen wesentlichen Teil der betreffenden Produkte oder Technologien den Wettbewerb auszuschalten. Von der Gruppenfreistellung auszuschließen sind Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern, deren gemeinsamer Marktanteil bei den Produkten oder Technologien, die dank der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse verbessert, ausgetauscht oder ersetzt werden können, zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung einen bestimmten Schwellenwert übersteigt.
- (17) Die durch diese Verordnung gewährte Freistellung sollte ferner auf Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen beschränkt werden, durch die die Unternehmen nicht in die Lage versetzt werden, den Innovationswettbewerb einschließlich der Entwicklung neuer Produkte oder Technologien auszuschalten. Eine Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung muss von der Gruppenfreistellung ausgenommen werden,

wenn neben den FuE-Anstrengungen der Parteien der Vereinbarung weniger als drei vergleichbare konkurrierende FuE-Anstrengungen verbleiben würden.

- (18) Es sollte jedoch nicht generell davon ausgegangen werden, dass Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen oder die Voraussetzungen des Artikels 101 Absatz 3 AEUV nicht erfüllen, wenn die in dieser Verordnung festgelegten Schwellenwerte überschritten werden oder andere Voraussetzungen dieser Verordnung nicht erfüllt sind. In solchen Fällen muss die Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung einer Einzelfallprüfung nach Artikel 101 AEUV unterzogen werden.
- (19) Damit auch bei der gemeinsamen Verwertung der Ergebnisse wirksamer Wettbewerb gewährleistet bleibt, sollte festgelegt werden, dass die Gruppenfreistellung ihre Geltung verliert, wenn der gemeinsame Marktanteil der Parteien bei den aus der gemeinsamen Forschung und Entwicklung bzw. Auftragsforschung und -entwicklung hervorgegangenen Produkten oder Technologien einen bestimmten Schwellenwert übersteigt. Die Freistellung sollte jedoch ungeachtet der Höhe der Marktanteile der Parteien während eines bestimmten Zeitraums nach Beginn der gemeinsamen Verwertung weiter gelten, damit sich – insbesondere nach Einführung eines vollkommen neuen Produkts – die Marktanteile der Parteien stabilisieren können und zugleich ein Mindestzeitraum für die Erwirtschaftung einer Rendite auf das investierte Kapital gewährleistet wird.
- (20) Vereinbarungen, die Beschränkungen enthalten, die für die Erzielung der positiven Auswirkungen einer Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung nicht unerlässlich sind, sollten mit dieser Verordnung nicht freigestellt werden. Vereinbarungen, die bestimmte Arten schwerwiegender Wettbewerbsbeschränkungen enthalten, sollten unabhängig vom Marktanteil der Parteien grundsätzlich von dem mit dieser Verordnung gewährten Rechtsvorteil der Freistellung ausgeschlossen werden; dies gilt unter anderem für Beschränkungen der Freiheit der Parteien, Forschung und Entwicklung in einem Bereich durchzuführen, der mit dem Bereich der betreffenden Vereinbarung nicht zusammenhängt, für die Festsetzung von Preisen für Dritte, für die Beschränkung von Produktion oder Absatz sowie für die Beschränkung des passiven Verkaufs von Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien in Gebiete oder an Kunden, die anderen Parteien vorbehalten sind. Nutzungsbeschränkungen stellen in diesem Zusammenhang weder eine Produktions- oder Absatzbeschränkung noch eine Gebiets- oder Kundenbeschränkung dar.
- (21) Durch die Begrenzung des Marktanteils, den Ausschluss bestimmter Vereinbarungen von der Freistellung und die in dieser Verordnung vorgesehenen Voraussetzungen ist in der Regel sichergestellt, dass Vereinbarungen, auf die die Gruppenfreistellung Anwendung findet, die Parteien nicht in die Lage versetzen, in Bezug auf einen wesentlichen Teil der betreffenden Produkte oder Technologien den Wettbewerb auszuschalten.
- (22) Es ist nicht auszuschließen, dass es zu einer wettbewerbswidrigen Marktabstottung kommen kann, wenn eine Partei mehrere von Wettbewerbern durchgeführte Forschungs- und Entwicklungsprojekte finanziert, die dieselben Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien betreffen, insbesondere wenn die Partei das ausschließliche Recht erlangt, die Ergebnisse gegenüber Dritten zu verwerten. Daher sollte der Rechtsvorteil dieser Verordnung für Vereinbarungen über Auftragsforschung und -entwicklung nur gewährt werden, wenn der gemeinsame Marktanteil aller an diesen miteinander zusammenhängenden Vereinbarungen beteiligten Parteien, d. h. der

finanzierenden Partei und aller die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ausführenden Parteien, höchstens 25 % beträgt.

- (23) Der mit der vorliegenden Verordnung gewährte Rechtsvorteil kann gemäß Artikel 29 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln³ entzogen werden.
- (24) Da Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen und insbesondere solche, bei denen sich die Zusammenarbeit auch auf die Verwertung der Ergebnisse erstreckt, häufig für einen langen Zeitraum geschlossen werden, sollte die Geltungsdauer dieser Verordnung auf 12 Jahre festgesetzt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

TITEL I

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

- (1) Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck
1. „FuE-Vereinbarung“ eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Parteien über die Bedingungen, zu denen die Parteien Folgendes durchführen:
 - a) gemeinsame Forschung zu und Entwicklung von Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien
 - i) ohne gemeinsame Verwertung der Ergebnisse dieser Forschung und Entwicklung oder
 - ii) mit gemeinsamer Verwertung der Ergebnisse dieser Forschung und Entwicklung; oder
 - b) Auftragsforschung und -entwicklung von Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien
 - i) ohne gemeinsame Verwertung der Ergebnisse dieser Forschung und Entwicklung oder
 - ii) mit gemeinsamer Verwertung der Ergebnisse dieser Forschung und Entwicklung; oder
 - c) gemeinsame Verwertung der Ergebnisse von Forschung zu und Entwicklung von Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien, die nach einer zuvor geschlossenen Vereinbarung nach Nummer 1 Buchstabe a zwischen denselben Parteien durchgeführt worden ist; oder
 - d) gemeinsame Verwertung der Ergebnisse von Forschung zu und Entwicklung von Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien, die nach einer zuvor geschlossenen Vereinbarung nach Nummer 1 Buchstabe b zwischen denselben Parteien durchgeführt worden ist;

³

ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

2. „Vereinbarung“ eine Vereinbarung, einen Beschluss einer Unternehmensvereinigung oder eine abgestimmte Verhaltensweise;
3. „Forschung und Entwicklung“ (FuE) Tätigkeiten mit dem Ziel des Erwerbs von Know-how über bestehende oder neue Produkte, Technologien oder Verfahren, die Durchführung von theoretischen Analysen, systematischen Studien oder Versuchen einschließlich der versuchsweisen Produktion und der technischen Erprobung von Produkten oder Verfahren, die Errichtung der dafür erforderlichen Anlagen und die Erlangung von Rechten des geistigen Eigentums an den Ergebnissen;
4. „Produkt“ eine Ware oder eine Dienstleistung; darunter fallen sowohl Zwischenwaren und -dienstleistungen als auch Endwaren und -dienstleistungen;
5. „Vertragstechnologie“ eine Technologie oder ein Verfahren, die bzw. das aus der gemeinsamen Forschung und Entwicklung bzw. der Auftragsforschung und -entwicklung hervorgeht. Dies schließt auch Technologien oder Verfahren ein, die aus einem FuE-Pol hervorgehen, sowie neue Technologien oder Verfahren;
6. „Vertragsprodukt“ ein Produkt, das aus gemeinsamer Forschung und Entwicklung bzw. Auftragsforschung und -entwicklung hervorgeht oder unter Anwendung der Vertragstechnologien produziert oder bereitgestellt wird. Dies schließt auch Produkte ein, die aus einem FuE-Pol hervorgehen, sowie neue Produkte;
7. „neues Produkt oder neue Technologie“ Produkte, Technologien oder Verfahren, die es zum Zeitpunkt des Abschlusses der FuE-Vereinbarung nach Nummer 1 Buchstabe a oder b noch nicht gibt, die im Falle ihres Entstehens einen eigenen neuen Markt schaffen und durch die kein bestehendes Produkt, keine bestehende Technologie bzw. kein bestehendes Verfahren verbessert, ausgetauscht oder ersetzt wird;
8. „FuE-Pol“ FuE-Anstrengungen, die in erster Linie auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet sind. Dieses bestimmte Ziel eines FuE-Pols kann noch nicht als Produkt oder Technologie definiert werden oder umfasst ein wesentlich breiter angelegtes Ziel als Produkte oder Technologien auf einem bestimmten Markt;
9. „Verwertung der Ergebnisse“ die Produktion oder den Vertrieb der Vertragsprodukte, die Anwendung der Vertragstechnologien, die Übertragung von Rechten des geistigen Eigentums oder die Erteilung diesbezüglicher Lizenzen oder die Weitergabe von Know-how, die für die Produktion oder Anwendung erforderlich ist;
10. „Rechte des geistigen Eigentums“ gewerbliche Schutzrechte, vor allem Patente und Markenzeichen sowie Urheberrechte und verwandte Schutzrechte;
11. „Know-how“ eine Gesamtheit praktischer Kenntnisse, die durch Erfahrungen und Erprobung gewonnen werden und die
 - a) „geheim“, das heißt nicht allgemein bekannt und nicht leicht zugänglich sind,
 - b) „wesentlich“, das heißt für die Produktion der Vertragsprodukte oder die Anwendung der Vertragstechnologien von Bedeutung und nützlich sind, und

- c) „identifiziert“, das heißt umfassend genug beschrieben sind, sodass überprüft werden kann, ob die Merkmale „geheim“ und „wesentlich“ erfüllt sind;
12. „gemeinsam“ im Zusammenhang mit Tätigkeiten, die im Rahmen einer FuE-Vereinbarung ausgeübt werden, die Ausübung der betreffenden Tätigkeiten
- a) durch ein gemeinsames Team, eine gemeinsame Organisation oder ein gemeinsames Unternehmen,
 - b) durch einen gemeinsam beauftragten Dritten oder
 - c) durch die Parteien im Wege der Spezialisierung im Rahmen der Forschung und Entwicklung oder der Spezialisierung im Rahmen der Verwertung;
13. „Spezialisierung im Rahmen der Forschung und Entwicklung“ die Beteiligung aller Parteien an der unter die FuE-Vereinbarung fallenden Forschung und Entwicklung und die Aufteilung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten untereinander so, wie es ihres Erachtens am zweckmäßigsten ist; dies umfasst nicht Auftragsforschung und -entwicklung;
14. „Spezialisierung im Rahmen der Verwertung“ die Verteilung einzelner Aufgaben wie Produktion oder Vertrieb unter den Parteien oder die Auferlegung von Beschränkungen hinsichtlich der Verwertung der Ergebnisse unter den Parteien wie in Bezug auf bestimmte Gebiete, Kunden oder Anwendungsbereiche; dies umfasst den Fall, dass nur eine Partei die Vertragsprodukte auf der Grundlage einer von den anderen Parteien erteilten ausschließlichen Lizenz produziert und vertreibt;
15. „Auftragsforschung und -entwicklung“ Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die durch eine Partei ausgeführt und durch eine finanzierende Partei finanziert werden;
16. „finanzierende Partei“ eine Partei, die Auftragsforschung und -entwicklung finanziert und selbst keine der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ausübt;
17. „Unternehmen, das in Bezug auf ein bestehendes Produkt und/oder eine bestehende Technologie am Wettbewerb teilnimmt“ einen tatsächlichen oder einen potenziellen Wettbewerber:
- a) „tatsächlicher Wettbewerber“ ein Unternehmen, das bestehende Produkte, Technologien oder Verfahren anbietet, die auf dem räumlich relevanten Markt durch das Vertragsprodukt bzw. die Vertragstechnologie verbessert, ausgetauscht oder ersetzt werden können;
 - b) „potenzieller Wettbewerber“ ein Unternehmen, bei dem realistisch und nicht nur hypothetisch davon ausgegangen werden kann, dass es ohne die FuE-Vereinbarung wahrscheinlich innerhalb von höchstens drei Jahren die zusätzlichen Investitionen tätigen oder die sonstigen Kosten auf sich nehmen würde, die erforderlich wären, um Produkte, Technologien oder Verfahren anbieten zu können, die auf dem räumlich relevanten Markt durch das Vertragsprodukt bzw. die Vertragstechnologie verbessert, ausgetauscht oder ersetzt werden können;

18. „Unternehmen, das in Bezug auf Innovation am Wettbewerb teilnimmt“ ein Unternehmen, das nicht in Bezug auf ein bestehendes Produkt und/oder eine bestehende Technologie am Wettbewerb teilnimmt und das unabhängig FuE-Anstrengungen unternimmt bzw. ohne die FuE-Vereinbarung dazu in der Lage wäre und solche Anstrengungen wahrscheinlich unternehmen würde; die FuE-Anstrengungen betreffen dabei
- a) die Forschung zu und Entwicklung von neuen Produkten und/oder Technologien, die mit denen identisch bzw. wahrscheinlich austauschbar sind, auf die sich die FuE-Vereinbarung beziehen soll, oder
 - b) FuE-Pole, die Ziele verfolgen, die im Wesentlichen mit den Zielen, auf die sich die FuE-Vereinbarung beziehen soll, identisch sind;
19. „konkurrierende FuE-Anstrengung“ eine FuE-Anstrengung, die ein Dritter allein oder in Zusammenarbeit mit weiteren Dritten unternimmt oder zu der ein Dritter in der Lage ist und die er wahrscheinlich unabhängig unternehmen wird und die
- a) die Forschung zu und Entwicklung von neuen Produkten und/oder Technologien betrifft, die mit denen identisch sind bzw. wahrscheinlich austauschbar sind, auf die sich die FuE-Vereinbarung beziehen soll, oder
 - b) FuE-Pole betrifft, die Ziele verfolgen, die im Wesentlichen mit den Zielen, auf die sich die FuE-Vereinbarung beziehen soll, identisch sind;
- Diese Dritten müssen von den Parteien der FuE-Vereinbarung unabhängig sein;
20. „nicht konkurrierendes Unternehmen“ ein Unternehmen, bei dem es sich weder um ein Unternehmen handelt, das in Bezug auf ein bestehendes Produkt und/oder eine bestehende Technologie am Wettbewerb teilnimmt, noch um ein Unternehmen, das in Bezug auf Innovation am Wettbewerb teilnimmt;
21. „relevanter Produktmarkt“ den relevanten Markt für die Produkte, die durch die Vertragsprodukte verbessert, ausgetauscht oder ersetzt werden können;
22. „relevanter Technologiemarkt“ den relevanten Markt für die Technologien oder Verfahren, die durch die Vertragstechnologien verbessert, ausgetauscht oder ersetzt werden können;
23. „aktiver Verkauf“ jegliche Art des Verkaufs außer passivem Verkauf;
24. „passiver Verkauf“ einen auf unaufgeforderte Anfragen einzelner Kunden zurückgehenden Verkauf – einschließlich der Lieferung von Produkten an oder der Erbringung von Dienstleistungen für den bzw. die Kunden –, der nicht durch aktive Ansprache des betreffenden Kunden, der betreffenden Kundengruppe bzw. des betreffenden Gebiets ausgelöst wurde; der passive Verkauf umfasst auch Verkäufe, die sich aus der Beteiligung an privaten oder öffentlichen Ausschreibungen ergeben.
- (2) Für die Zwecke dieser Verordnung umfassen die Ausdrücke „Unternehmen“ und „Partei“ die jeweils mit diesen verbundenen Unternehmen.
- Der Ausdruck „verbundene Unternehmen“ bezeichnet
- a) Unternehmen, in denen eine Partei der FuE-Vereinbarung unmittelbar oder mittelbar

- i) die Befugnis hat, mehr als die Hälfte der Stimmrechte auszuüben,
 - ii) die Befugnis hat, mehr als die Hälfte der Mitglieder des Aufsichts- oder Leitungsorgans oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe zu bestellen, oder
 - iii) das Recht hat, die Geschäfte des Unternehmens zu führen;
- b) Unternehmen, die in einer an der FuE-Vereinbarung beteiligten Partei unmittelbar oder mittelbar die unter Buchstabe a aufgeführten Rechte oder Befugnisse haben;
- c) Unternehmen, in denen ein unter Buchstabe b genanntes Unternehmen unmittelbar oder mittelbar die unter Buchstabe a aufgeführten Rechte oder Befugnisse hat;
- d) Unternehmen, in denen eine Partei der FuE-Vereinbarung zusammen mit einem oder mehreren der unter den Buchstaben a, b oder c genannten Unternehmen oder in denen zwei oder mehr der zuletzt genannten Unternehmen gemeinsam die unter Buchstabe a aufgeführten Rechte oder Befugnisse haben;
- e) Unternehmen, in denen die folgenden Parteien gemeinsam die unter Buchstabe a aufgeführten Rechte oder Befugnisse haben:
 - i) Parteien der FuE-Vereinbarung oder mit ihnen verbundene Unternehmen im Sinne der Buchstaben a bis d oder
 - ii) eine Partei oder mehrere Parteien der FuE-Vereinbarung oder eines oder mehrere der mit ihnen verbundenen Unternehmen im Sinne der Buchstaben a bis d und ein Dritter oder mehrere Dritte.

TITEL II

FREISTELLUNG

Artikel 2 – Freistellung

- (1) Nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV und nach Maßgabe dieser Verordnung gilt Artikel 101 Absatz 1 AEUV nicht für FuE-Vereinbarungen.
- (2) Die Freistellung nach Absatz 1 gilt, soweit diese FuE-Vereinbarungen Wettbewerbsbeschränkungen enthalten, die unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen.
- (3) Die Freistellung nach Absatz 1 gilt auch für FuE-Vereinbarungen, die Bestimmungen enthalten, die sich auf die Übertragung von Rechten des geistigen Eigentums oder die Erteilung diesbezüglicher Lizenzen an eine oder mehrere der Parteien oder an eine von den Parteien für die Durchführung der gemeinsamen Forschung und Entwicklung, der Auftragsforschung und -entwicklung oder der gemeinsamen Verwertung gegründete Einheit beziehen, sofern diese Bestimmungen
 - a) nicht Hauptgegenstand dieser Vereinbarungen sind und
 - b) dafür erforderlich sind.

TITEL III

FREISTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN

Artikel 3 – Zugang zu den Endergebnissen

- (1) In der FuE-Vereinbarung muss festgelegt sein, dass alle Parteien für die Zwecke weiterer Forschung und Entwicklung und für die Zwecke der Verwertung uneingeschränkter Zugang zu den Endergebnissen der gemeinsamen Forschung und Entwicklung oder der Auftragsforschung und -entwicklung haben.
 - a) Der Zugang nach Absatz 1 umfasst auch daraus erwachsende Rechte des geistigen Eigentums und daraus erwachsendes Know-how.
 - b) Der Zugang nach Absatz 1 wird gewährt, sobald die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung verfügbar sind.
- (2) Die FuE-Vereinbarung kann vorsehen, dass die Parteien einander für den Zugang zu den Ergebnissen für die Zwecke weiterer Forschung und Entwicklung oder für die Zwecke der weiteren Verwertung eine Vergütung zahlen, die jedoch nicht so hoch sein darf, dass sie diesen Zugang praktisch verhindern würde.
- (3) Forschungsinstitute, Hochschulen und Unternehmen, die Forschungs- und Entwicklungsleistungen in Form gewerblicher Dienste erbringen und sich üblicherweise nicht mit der Verwertung von Ergebnissen befassen, können vereinbaren, die Ergebnisse ausschließlich für die Zwecke weiterer Forschung zu nutzen.
- (4) Beschränken die Parteien ihre Verwertungsrechte im Einklang mit dieser Verordnung, insbesondere wenn sie sich im Rahmen der Verwertung spezialisieren, so kann der Zugang zu den Ergebnissen für die Zwecke der Verwertung entsprechend beschränkt werden.

Artikel 4 – Zugang zu bereits vorhandenem Know-how

- (1) In FuE-Vereinbarungen, die die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse von gemeinsamer Forschung und Entwicklung oder Auftragsforschung und -entwicklung ausschließen, muss festgelegt sein, dass jeder Partei Zugang zum bereits vorhandenen Know-how der anderen Parteien gewährt wird, sofern dieses Know-how für die Verwertung der Ergebnisse durch die Partei unerlässlich ist.
- (2) FuE-Vereinbarungen, die die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse von gemeinsamer Forschung und Entwicklung oder Auftragsforschung und -entwicklung ausschließen, können vorsehen, dass die Parteien einander für den Zugang zu ihrem bereits vorhandenen Know-how eine Vergütung zahlen. Die Vergütung darf jedoch nicht so hoch sein, dass sie diesen Zugang praktisch verhindern würde.

Artikel 5 – Gemeinsame Verwertung

- (1) Die gemeinsame Verwertung darf nur Ergebnisse betreffen, die
 - a) für die Produktion der Vertragsprodukte oder die Anwendung der Vertragstechnologien unerlässlich sind und

- b) durch Rechte des geistigen Eigentums geschützt sind oder Know-how darstellen.
- (2) Die im Wege der Spezialisierung im Rahmen der Verwertung mit der Produktion der Vertragsprodukte betrauten Parteien müssen verpflichtet sein, Aufträge der anderen Parteien über die Belieferung mit Vertragsprodukten zu erfüllen, es sei denn,
- a) die FuE-Vereinbarung sieht auch einen gemeinsamen Vertrieb durch ein gemeinsames Team, eine gemeinsame Organisation oder ein gemeinsames Unternehmen oder durch einen von den Parteien gemeinsam beauftragten Dritten vor oder
 - b) die Parteien haben vereinbart, dass nur die Partei, die die Vertragsprodukte produziert, diese auch vertreiben darf.

Artikel 6 – Schwellenwerte, Marktanteile und Freistellungsdauer

- (1) Sind die Parteien der FuE-Vereinbarung keine Wettbewerber, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 unabhängig von den Marktanteilen für die Dauer der Forschung und Entwicklung.
- (2) Sind zwei oder mehr Parteien der FuE-Vereinbarung Wettbewerber in Bezug auf ein bestehendes Produkt und/oder eine bestehende Technologie, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 nur dann für die Dauer der Forschung und Entwicklung, wenn zum Zeitpunkt des Abschlusses der FuE-Vereinbarung
 - a) der gemeinsame Marktanteil der Parteien der FuE-Vereinbarung, die gemeinsame Forschung und Entwicklung im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a oder c umfasst, an den relevanten Produkt- und Technologiemarkten höchstens 25 % beträgt oder
 - b) im Falle einer FuE-Vereinbarung nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b oder d, die Auftragsforschung und -Entwicklung umfasst, der gemeinsame Marktanteil der finanzierenden Partei und aller Parteien, mit denen die finanzierende Partei FuE-Vereinbarungen in Bezug auf dieselben Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien geschlossen hat, an den relevanten Produkt- und Technologiemarkten höchstens 25 % beträgt.
- (3) Sind zwei oder mehr Parteien der FuE-Vereinbarung Wettbewerber in Bezug auf Innovation, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 nur dann für die Dauer der Forschung und Entwicklung, wenn zum Zeitpunkt des Abschlusses der FuE-Vereinbarung zusätzlich zu den FuE-Anstrengungen der Parteien der FuE-Vereinbarung drei oder mehr vergleichbare konkurrierende FuE-Anstrengungen laufen.
- (4) Werden die Ergebnisse einer FuE-Vereinbarung gemeinsam verwertet, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 ab dem Tag des ersten Inverkehrbringens der Vertragsprodukte oder der Vertragstechnologien im Binnenmarkt sieben Jahre weiter, sofern die Voraussetzungen nach Absatz 1, 2 oder 3 zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a oder b erfüllt sind. Damit eine Vereinbarung nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c oder d auf diese Weise weiter freigestellt werden kann, müssen die Voraussetzungen nach Absatz 1, 2 oder 3 zu dem Zeitpunkt, zu dem die zuvor geschlossene Vereinbarung nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a oder b geschlossen wurde, erfüllt gewesen sein.

- (5) Nach Ablauf des in Absatz 4 genannten Zeitraums von sieben Jahren gilt die Freistellung nach Artikel 2 solange weiter, wie der gemeinsame Marktanteil der Parteien der FuE-Vereinbarung auf den Märkten, zu denen die Vertragsprodukte bzw. Vertragstechnologien gehören, 25 % nicht übersteigt. Überschreitet der Marktanteil nach Ablauf des Zeitraums von sieben Jahren auf einem dieser Märkte den Schwellenwert von 25 %, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 im Anschluss an das Jahr, in dem der Schwellenwert von 25 % erstmals überschritten wurde, noch für zwei weitere aufeinanderfolgende Kalenderjahre.

Artikel 7 – Anwendung der Schwellenwerte

- (1) Für die Anwendung der Marktanteilsschwellenwerte gemäß Artikel 6 Absätze 2 und 5 gelten die folgenden Vorschriften:
- a) Der Marktanteil wird anhand des Absatzwerts berechnet; liegen keine Angaben über den Absatzwert vor, so können zur Ermittlung des Marktanteils der Parteien Schätzungen vorgenommen werden, die auf anderen verlässlichen Marktdaten, wie u. a. den Absatzmengen, den Ausgaben für Forschung und Entwicklung oder der Kapazitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung, beruhen.
 - b) Der Marktanteil wird anhand der Angaben für das vorangegangene Kalenderjahr ermittelt; wenn das vorangegangene Kalenderjahr für die Marktanteile der Parteien auf dem relevanten Markt bzw. den relevanten Märkten nicht repräsentativ ist, werden sie alternativ als Durchschnitt der Marktanteile der Parteien in den letzten drei vorangegangenen Kalenderjahren ermittelt.
 - c) Der Marktanteil der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e genannten Unternehmen wird zu gleichen Teilen jedem Unternehmen zugerechnet, das die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a aufgeführten Rechte oder Befugnisse hat.
- (2) Bei der Anwendung des in Artikel 6 Absatz 3 vorgesehenen Schwellenwerts erfolgt die Beurteilung der Vergleichbarkeit konkurrierender FuE-Anstrengungen anhand zuverlässiger Informationen zu Elementen wie i) dem Umfang, dem Stand und dem Zeitplan der FuE-Anstrengungen, ii) den finanziellen Ressourcen und Personalressourcen, den Rechten des geistigen Eigentums, dem Know-how oder den anderen spezialisierten Vermögenswerten und den bisherigen FuE-Anstrengungen Dritter (bzw. ihrem Zugang dazu) sowie iii) den Kapazitäten Dritter zur unmittelbaren oder mittelbaren Verwertung etwaiger Ergebnisse ihrer FuE-Anstrengungen auf dem Binnenmarkt und der Wahrscheinlichkeit dieser Verwertung.

TITEL IV

KERNBESCHRÄNKUNGEN UND NICHT FREIGESTELLTE BESCHRÄNKUNGEN

Artikel 8 – Kernbeschränkungen

Die Freistellung nach Artikel 2 gilt nicht für FuE-Vereinbarungen, die unmittelbar oder mittelbar, für sich allein oder in Verbindung mit anderen Umständen, auf die die Parteien Einfluss haben, eine der folgenden Beschränkungen bezwecken:

- (1) Beschränkung der Freiheit der Parteien, eigenständig oder in Zusammenarbeit mit Dritten Forschung und Entwicklung zu betreiben
 - a) in einem Bereich, auf den sich die FuE-Vereinbarung nicht bezieht, oder
 - b) nach Abschluss der gemeinsamen Forschung und Entwicklung oder der Auftragsforschung und -entwicklung in dem Bereich, auf den sich die FuE-Vereinbarung bezieht, oder in einem damit zusammenhängenden Bereich,
- (2) Beschränkung von Produktion oder Absatz, ausgenommen
 - a) die Festlegung von Produktionszielen, wenn die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse die gemeinsame Produktion der Vertragsprodukte umfasst,
 - b) die Festlegung von Absatzzielen, wenn die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse
 - i) den gemeinsamen Vertrieb der Vertragsprodukte oder die gemeinsame Erteilung von Lizenzen für die Vertragstechnologien umfasst und
 - ii) durch ein gemeinsames Team, eine gemeinsame Organisation oder ein gemeinsames Unternehmen oder durch einen von den Parteien gemeinsam beauftragten Dritten durchgeführt wird,
 - c) Verhaltensweisen, die eine Spezialisierung im Rahmen der Verwertung darstellen, und
 - d) Beschränkung der Freiheit der Parteien, während des Zeitraums, für den die Parteien die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse vereinbart haben, mit den Vertragsprodukten oder Vertragstechnologien im Wettbewerb stehende Produkte, Technologien oder Verfahren herzustellen, zu verkaufen, zu übertragen oder Lizenzen dafür zu erteilen,
- (3) Festsetzung der Preise für den Verkauf der Vertragsprodukte oder der Gebühren für die Erteilung von Lizenzen für die Vertragstechnologien an Dritte, ausgenommen
 - a) die Festsetzung der Preise für direkte Abnehmer und die Festsetzung der Lizenzgebühren für direkte Lizenznehmer, wenn die gemeinsame Verwertung der Ergebnisse
 - i) den gemeinsamen Vertrieb der Vertragsprodukte oder die gemeinsame Erteilung von Lizenzen für die Vertragstechnologien umfasst und
 - ii) durch ein gemeinsames Team, eine gemeinsame Organisation oder ein gemeinsames Unternehmen oder durch einen von den Parteien gemeinsam beauftragten Dritten durchgeführt wird,
- (4) Beschränkung des Gebiets oder der Kundengruppe, in dem oder an die die Parteien passiv die Vertragsprodukte verkaufen oder Lizenzen für die Vertragstechnologien erteilen dürfen, ausgenommen die Verpflichtung, Lizenzen für die Ergebnisse ausschließlich einer anderen Partei zu erteilen,
- (5) Verpflichtung, die Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien nicht oder nur in beschränktem Umfang aktiv in Gebieten oder an Kunden zu verkaufen, die einer der Parteien nicht im Wege der Spezialisierung im Rahmen der Verwertung ausschließlich zugewiesen sind,
- (6) Verpflichtung, Aufträge von Kunden abzulehnen, die in dem Gebiet der jeweiligen Partei ansässig sind, oder von Kunden, die im Wege der Spezialisierung im Rahmen

der Verwertung einer anderen Partei zugewiesen sind und die die Vertragsprodukte in anderen Gebieten innerhalb des Binnenmarkts vermarkten würden,

- (7) Verpflichtung, Nutzern oder Wiederverkäufern den Bezug der Vertragsprodukte von anderen Wiederverkäufern auf dem Binnenmarkt zu erschweren.

Artikel 9 – Nicht freigestellte Beschränkungen

- (1) Die Freistellung nach Artikel 2 gilt nicht für die folgenden Verpflichtungen in FuE-Vereinbarungen:

a) Verpflichtung,

- i) nach Abschluss der Forschung und Entwicklung die Gültigkeit von Rechten des geistigen Eigentums nicht anzufechten,
 - 1) die die Parteien im Binnenmarkt innehaben und
 - 2) die für die Forschung und Entwicklung von Bedeutung sind, oder
- ii) nach Ablauf der FuE-Vereinbarung die Gültigkeit von Rechten des geistigen Eigentums nicht anzufechten,
 - 1) die die Parteien im Binnenmarkt innehaben und
 - 2) die die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung schützen.

Die Möglichkeit, die Kündigung der FuE-Vereinbarung für den Fall vorzusehen, dass eine der Parteien die Gültigkeit der unter den Ziffern i und ii genannten Rechte des geistigen Eigentums anfecht, bleibt unberührt;

- b) Verpflichtung, Dritten keine Lizenzen für die Produktion der Vertragsprodukte oder für die Anwendung der Vertragstechnologien zu erteilen, sofern nicht die Verwertung der Ergebnisse der gemeinsamen Forschung und Entwicklung oder der Auftragsforschung und -entwicklung durch mindestens eine der Parteien in der Vereinbarung vorgesehen ist und im Binnenmarkt gegenüber Dritten erfolgt.

- (2) Umfasst eine FuE-Vereinbarung eine der in diesem Artikel angeführten nicht freigestellten Beschränkungen, so gilt die Freistellung nach Artikel 2 weiter, sofern die nicht freigestellten Beschränkungen von dem übrigen Teil der FuE-Vereinbarung abtrennbar sind und die anderen Voraussetzungen nach dieser Verordnung erfüllt sind.

TITEL V

VERFAHREN ZUM ENTZUG DES RECHTSVORTEILS

Artikel 10 – Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen durch die Europäische Kommission

- (1) Nach Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates kann die Kommission den mit der vorliegenden Verordnung gewährten Rechtsvorteil entziehen, wenn sie in einem bestimmten Fall feststellt, dass eine nach der vorliegenden Verordnung freigestellte FuE-Vereinbarung gleichwohl Wirkungen hat, die mit Artikel 101 Absatz 3 AEUV unvereinbar sind.

- (2) Der mit der vorliegenden Verordnung gewährte Rechtsvorteil könnte zum Beispiel nach Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 entzogen werden, wenn
- a) die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten Dritter in dem bzw. den Bereich(en), die die Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien betreffen, durch das Bestehen einer FuE-Vereinbarung erheblich eingeschränkt werden,
 - b) der Zugang Dritter zum Markt für die Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien durch das Bestehen der FuE-Vereinbarung erheblich eingeschränkt wird,
 - c) die Parteien die Ergebnisse der gemeinsamen Forschung und Entwicklung oder der Auftragsforschung und -entwicklung ohne objektiv gerechtfertigten Grund nicht gegenüber Dritten verwerten,
 - d) die Vertragsprodukte oder Vertragstechnologien im Binnenmarkt oder in einem wesentlichen Teil desselben nicht mit Produkten, Technologien oder Verfahren im wirksamen Wettbewerb stehen, die aufgrund ihrer Eigenschaften, ihres Preises und ihres Verwendungszwecks von den Nutzern als gleichartig angesehen werden.

Artikel 11 – Entzug des Rechtsvorteils durch eine Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats in Einzelfällen

- (1) Nach Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 kann die Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats den mit der vorliegenden Verordnung gewährten Rechtsvorteil für das Gebiet oder ein Teilgebiet dieses Mitgliedstaats entziehen, wenn sie in einem bestimmten Fall feststellt, dass eine unter die Freistellung nach der vorliegenden Verordnung fallende FuE-Vereinbarung im Gebiet oder in einem Teilgebiet dieses Mitgliedstaats, das alle Merkmale eines gesonderten räumlichen Marktes aufweist, Auswirkungen hat, die mit Artikel 101 Absatz 3 AEUV unvereinbar sind.
- (2) Nach Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 könnte eine Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats den mit der vorliegenden Verordnung gewährten Rechtsvorteil entziehen, besonders wenn einer der in Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben a bis d der vorliegenden Verordnung beschriebenen Umstände gegeben ist.

TITEL VI

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 12 – Übergangszeitraum

- (1) Unbeschadet der spezifischen Übergangsbestimmung für FuE-Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die in Bezug auf Innovation am Wettbewerb teilnehmen, nach Absatz 2 gilt das Verbot des Artikels 101 Absatz 1 AEUV in der Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024 nicht für bereits am 31. Dezember 2022 in Kraft befindliche Vereinbarungen, die zwar nicht die Freistellungsvoraussetzungen der vorliegenden Verordnung, aber die Freistellungsvoraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 erfüllen.

- (2) In Bezug auf FuE-Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die in Bezug auf Innovation am Wettbewerb teilnehmen, gelten Artikel 1 Absatz 1 Nummer 18 und Artikel 6 Absatz 3 ausschließlich für Vereinbarungen, die nach dem 31. Dezember 2022 in Kraft treten.

Artikel 13 – Geltungsdauer

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.
(2) Ihre Geltungsdauer endet am 31. Dezember 2034.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den

*Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula von der Leyen*